

Kraukauer Zeitung.

Nr. 135.

Samstag den 15. Juni

1861.

Die Kraukauer Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inlerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile 1 Nkr. — Inlerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Er. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 5. Juni d. J. dem Finanzwach-Residenten im Kraukauer Bezirke, Karl Matzlaw, in Anerkennung seiner vielfährigen, treuen und ersprießlichen Dienste, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Das k. k. Ministerium des Aeußern hat den Vicekanzler der k. Agentie und des General-Konsulats in Jassy, Rudolph Fiket, zum zweiten Kanzler bei dem k. k. Konsulate in Konstantinopel und den Vicekanzler des k. k. Konsulats in Bukarest, Friedrich Vertazzi, zum Kanzler bei dem k. k. Konsulate in Salonich unter vorläufiger Belassung in seiner dermaligen Verwendung ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 15. Juni.

Anlässlich der Befürchtungen, zu denen der Tod Cavour's an manchen Börsen Anlass gegeben hat, bemerkt die „K. Z.“, daß der Friede für dieses Jahr unzweifelhaft in das Programm des verstorbenen piemontesischen Ministerpräsidenten gehört habe, weil er sehr gut wußte, daß die innere Konsolidierung des Landes noch so viel zu wünschen übrig lasse und namentlich auch nur von einer halbwegs leidlichen Organisation Subsidien noch gar keine Rede sein konnte. Das Deficit von 314 Millionen, die Nothwendigkeit ein zur Deckung dieses Deficits wie zur politischen Organisation erforderliches Anlehen im Betrage von 500 Millionen aufzunehmen, die Ueberzeugung, daß dies ohne bestimmte Garantien nicht zu Stande gebracht werden könne, alles dies hätte sich allein zur Befestigung jedes Kriegsgelüftes hingereicht. Heute, fährt die „K. Z.“ fort, besteht die italienische Schuld in einem Kapital von 2300 Mill. Lire, wofür die Halbinsel eine Rente von über 110 Millionen aufzubringen hat. Dieses Friedensanlehen von 500 Millionen würde die Schuld auf nahe drei Milliarden, eine Summe, die ein auf so ungleicher Culturstufe stehendes Reich wie Italien erst nach langem Frieden ohne Nachtheil für seinen Wohlstand zu ertragen können. Um den nothwendig werdenden Steuerdruck nicht fühlbar werden zu lassen, bedarf das Land der Ruhe und der Ausführung der civilisatorischen Arbeiten, die in Piemont das wirtschaftliche Talent Cavour's mit Erfolg unternommen hat.

Frankreich soll, den „Neuesten Nachr.“ zufolge, Preußen aufgefordert haben, mit ihm zugleich das Königreich Italien anzuerkennen.

Die „Combarbia“ von Mailand schreibt: Obwohl der „Dritto“ die Anerkennung des Königreichs Italien durch Frankreich und die Abfindung des Herrn von Savolette als französischen Gesandten nach Turin, als eine vollendete Thatsache anzeigte, so können wir doch behaupten, daß diese gute Nachricht verfrüht ist. Die Anerkennung ist möglich, wahrscheinlich, aber sie ist noch nicht geschehen. Seit 6 Wochen wird über diese Frage debattirt, und Herr Thowenel hat selbst erklärt: daß es sich nur noch darum handle, die Formel zu finden. Es scheint nun aber, daß jede Formel ad hoc mit der Formel der Verträge von Villafranca und Zürich unvereinbar ist.

Nach einer Mittheilung, die einem deutschen Blatte aus Paris zugeht, begibt sich Fould in einer außerordentlichen Mission nach Turin. Ueber den Zweck dieser Sendung sind die verbreiteten Meinungen natürlich nicht durchaus im Einklang. Darin stimmt man überein, daß es sich um die Anerkennung handle. Da indeß diese Frage, wie längst versichert wurde, bereits zwischen dem Kaiser und Cavour geregelt war, so scheint es sich jetzt um Vorbedingungen und Konsequenzen zu handeln. Man meint nun theils, der Kaiser verlange neue Garantien, daß Victor Emanuel die römische Frage noch verlagte lasse; anderntheils hält man sich überzeugt, über diesen Punkt bescheide keine Meinungsverschiedenheit, der Kaiser wünsche hingegen Zugeständnisse in Bezug auf den Fall einer weiteren Ausführung des Einheitsprogrammes. Nicht nur Genua, sondern auch Civita-Vecchia, wird versichert, nehme der Kaiser für Frankreich in der Vorausschickung in Anspruch, daß der Sitz der italienischen Regierung nach Rom verlegt und der gesammte weltliche Besitz des Papstes Piemont annectirt würde.

Die definitive Zusammensetzung des neuen italienischen Cabinets hat der Telegraph bereits nach der offiziellen Gazzetta di Torino angezeigt. Das Wichtigste bei dieser Combination ist Fanti's Rücktritt und das Bleiben von Minghetti und Bologni. Um die Garibaldianer, die sonst von dieser Bildung wenig erbaut sein dürften, nicht geradezu aufzubringen, mußte

Fanti geopfert werden. Der Candidat des Diritto war Rattazzi, welcher jedoch in den Zuhörern sehr wenig beliebt und deshalb nicht geeignet ist, dem Cabinet zu präsidiren, das vor Allem die Anerkennung des Königreichs Italien bei den europäischen Höfen zu betreiben hat. Rattazzi ist deshalb auch Staatsmann genug gewesen, dem Könige selbst zu raten, Ricasoli an die Spitze zu stellen und ihn aus dem Spiel zu lassen. Daß Farini nicht in das Cabinet gezogen wurde, ist in Paris aufgefallen, da er beim Kaiser wohl gelitten ist und bekanntlich deshalb von Cavour nach Chambery geschickt wurde, um dem Kaiser, als er seine neuen Erwerbungen bereiste, zu gratuliren. Ricasoli wird das Präsidium führen und das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Der Savoyarde Menabrea, obgleich von sehr conservativen Antecedentien, wird, wie der Turiner Correspondent „K. Z.“ sich ausdrückt, einen günstigen Eindruck machen. Schon Cavour hatte diesen Mann als eine Capacität notirt gehabt. Rattazzi und Farini haben beide die Anerbietungen Ricasoli's zurückgewiesen. Letzterer wollte kein anderes Portefeuille annehmen als das auswärtige, und ersterer hält es nicht an der Zeit für sich, in's Ministerium zu treten. Er wollte kein unmittelbarer Nachfolger Cavour's werden, aber er hatte ziemlich Mühe, es seinem Freunde begreiflich zu machen, daß dies die würdigste Haltung sei, die er unter den obwaltenden Umständen beobachten könnte. Die Turiner haben es dem Könige übel genommen, daß er nicht persönlich beim Leichenbegängnisse Cavour's erschienen war.

Das „Regno d'Italia“ erblüht in der Ernennung des Baron Ricasoli zum Ministerpräsidenten die Absicht des Königs Victor Emanuel, den auswärtigen Mächten den Beweis zu liefern, daß Cavour's Politik nicht die geringste Aenderung erfahren werde.

Dem „Ami de la Religion“ schreibt man aus Turin vom 8. Juni: Gestern wurden den ganzen Tag und die ganze Nacht durch Depeschen zwischen Turin und Fontainebleau gewechselt. Der Victor Emanuel'sche Befehl erteilt worden, einen besonderen Zug für den König bereit zu halten, welcher Sr. Majestät, wie die einen behaupten, bis nach Genua, wie die andern sagen, bis nach Paris bringen soll. Wie man sagt, wird der König in Person um eine Anerkennung des Königreichs nachsuchen. — Demselben Blatte meldet man über die letzten Augenblicke Cavour's (in religiöser Beziehung): Freitag Morgens, den 5. Juli, verlangte Herr von Cavour, welcher sich seiner Lage bewußt war, daß man den heil. Vater durch den Telegraphen bitte, die Excommunication, welche über ihn ausgesprochen sein könnte, zurückzunehmen. Pius IX. empfing mit Thränen in den Augen die Bitte des Ministers. „Unvergänglich und ohne Bedingungen“, lautete die päpstliche Antwort, welche dem berühmten Kranken sogleich durch den Telegraphen überbracht wurde. Herr von Cavour war es, welcher selbst den Priester bezeugte, bei dem er beichten wollte.

Man sprach heute früh — lesen wir in einem Turiner Briefe vom 8. den „D. u. W.“ abdruckt — von Rattazzi, der wie man sagte beauftragt sein soll, ein Cabinet zu bilden, nachdem Ricasoli, dessen Gesundheit im Uebrigen angegriffen, diese Aufgabe für unmöglich erklärte. Diese Nachricht ist nicht begründet. Rattazzi wurde unmittelbar nach Cavour's Tode zum Könige berufen. Eingeladen ein Cabinet zu bilden, lehnte Rattazzi diese Ehre aus Gründen persönlicher Delicatsse ab. Vor Kurzem noch Cavour's politischer Gegner, nahm er Anstoß daran, nun dessen unmittelbarer Nachfolger zu werden. Rattazzi rief dem Könige, Baron Ricasoli zu berufen, da sich die öffentliche Meinung darin gefiele, in selbem den fähigsten Mann zur Nachfolge Cavour's zu erblicken und wären Rattazzi und dessen Freunde geneigt Ricasoli zu unterstützen. Wie man sich versicherte, löste Ricasoli vollkommen seine Aufgabe. Er vollführte im Cabinet einen kleinen Wechsel; er selbst übernahm den Vorsitz im Conseil und das Portefeuille des Aeußern. Finanzminister Cossin's zieht sich zurück, an dessen Stelle tritt Begezzi, ehemaliger Minister der Finanzen; Fanti überläßt das Portefeuille des Krieges an Menabrea vom Genie, vormal's Chef der parlamentarischen Partei; der Minister ohne Portefeuille Rialta zieht sich ebenfalls aus dem Rathe der Krone zurück. Zum Minister der Marine, die Cavour's Tod des Chefs beraubte, wurde ein Mann erhoben, der in der Marine den populärsten Namen führt, Admiral Persano. Dies die Liste, die diesen Abend Baron Ricasoli dem Könige vorlegen wird, sobald dieser aus seinem Lustschlosse zurückgekehrt; er ist vom Tode seines ersten

Ministers so ergriffen, daß er seine Rückkehr in die Hauptstadt so viel als möglich aufschiebt, die sein Minister von der Hauptstadt Sardinien zu jener Station machte. Möglich, daß diese Liste Aenderungen erfährt und Rattazzi sich entschließt in's Ministerium zu treten. Diese Combination wäre glücklich, doch würde sie das Parlament eines Chefs berauben, dessen Fähigkeiten und Autorität dem Staate ebenso große Dienste leistet, als er sie diesem an der Spitze eines Ministeriums erweisen könnte.

Das „Journal de St. Petersburg“ widmet dem hingeschiedenen Grafen Cavour einen Nachruf; dessen Politik während der italienischen Revolution wäre allerdings zu bekämpfen gewesen, dessen Integrität, hohe Intelligenz, Festigkeit und energische Vaterlandsliebe sicherten ihm aber seine Stelle in der Geschichte. Schwer werde es sein, seinen Nachfolger und Ersatz für ihn zu finden.

Die Pariser Blätter kündigen eine Conferenz wegen der Angelegenheit der Donau-Fürstenthümer für die nächste Zeit an. Die Patrie nennt sogar den 20. Juni.

In Bezug auf die Union der Donau-Fürstenthümer wird, schreibt der Berliner Correspondent der „K. Z.“, jetzt auch von Paris gemeldet, daß Rußland gegen die unter dem Fürsten Rusa für seine Lebenszeit zu bewirkende administrative Union Einwendungen mache. Interessant ist die hinzugefügte Bemerkung, Rußland „willig“ in die Wahl eines fremden Candidaten, statt des Fürsten Rusa. Es deutet das ziemlich offen auf die russische Candidatur des Herzogs von Leuchtenberg hin, die übrigens nicht die geringste ernsthafte Chance hat.

Ein vom 1. d. aus Athen datirtes Telegramm des „Byzantis“ bestätigt, daß dort vollkommene Ruhe herrsche und die Untersuchung gegen die kleine Anzahl der verhafteten Ruhestörer fortschreite.

Das „Journal de Constantinople“ vom 8. d. M. schreibt: Wir glauben zu wissen, daß die Repräsentanten einiger Mächte von ihren Regierungen Instructionen bezüglich eines definitiven Arrangements der Organisation des Libanon verlangt haben und daß diese Instructionen eben angekommen sind.

Dem Moniteur zufolge soll der Libanon-Souverneur Muschir-Rang und in Deir-el-Ramar seinen Sitz haben. Eine im Lande selbst ausgehobene Miliz soll für die öffentliche Ordnung sorgen und türkische Truppen nur auf Verlangen des Gouverneurs einschreiten.

Die „Times“ hält den Amerikanern jetzt Alles vor, was sie gegen dieselben jetzt einzuwenden hat, nämlich: Ueberhebung anderer Staaten gegenüber und freundliche Haltung ihrer Staatsmänner gegen England; die Neigung, sich in jedem vorkommenden Streitfälle regelmäßig auf Seiten der „despotischen“ Staaten Europa's zu stellen; Unhöflichkeit im diplomatischen Verkehr u. s. w. Daran knüpft die Times folgende Bemerkung: Neutralität, strenge Neutralität — das ist Alles, was die Regierung der Vereinigten Staaten von uns verlangen kann. Haben wir an der Neutralität im italienischen Kriege festgehalten, wo doch alle unsere Sympathien lebhaft angeregt waren, so werden wir sie desto unverbrüchlicher in einem Kampfe bewahren, über dessen Natur wir noch nicht genügend aufgeklärt sind, und wo wir uns gewiß des Sieges feierlich von beiden Parteien freuen könnten.

Die englische sowohl, wie die französische Regierung haben der Regierung in Washington, wie es heißt, durch ihre Gesandten ankündigen lassen, daß sie deren effective Blockaden respectiven, von nominellen Blockaden jedoch, d. h. von solchen, die bloß notificirt, aber nicht genügend ausgeführt sind, keine Notiz nehmen würden.

Folgendes sind die neuesten Nachrichten vom Kriegerischauplatz: Die Bundesstruppen haben die von den Conföderirten besetzten Batterien von Aquia Creek angegriffen; der Erfolg ist noch unbekannt. Die Conföderirten bedrohen Alexandria. Bis jetzt hat aber noch kein Angriff auf Alexandria stattgefunden. General Scott hat 35,000 Mann vom Innern aus in den Staat Virginien geschickt, während 20,000 Mann von der Westseite von Pennsylvania aus, sowie andere 20,000 Mann von Ohio aus in Virginien einrücken und 15,000 Mann, unterstützt von den Streitkräften der Marine, den James-River hinaufgehen. Fortwährend treffen Truppen und Munitionen in Fort Monroe ein, dessen Besatzung bereits auf 13,000 Mann angewachsen ist. Zahlreiche Truppencorps sind gegen Norfolk auf dem Abmarsche. Es sind bereits 450 flüchtige Sklaven im Butler'schen Lager eingetroffen. (Butler ist der kommandirende General der Unionstruppen in Virginien).

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Juni.

Weiter fährt der Redner Dr. Siskra fort: „Die Verantwortlichkeit schafft also kein Uebel, sie steht warnend und mahnend dem Schwankenden und Zweifelnden zur Seite, sie gibt ihm Kraft zum Glauben, sie schützt ihn gegen Intriguen und Einflüsse, die nicht verfassungsmäßig sind, sie wird dem gerechten Fürsten willkommen sein, die Regierung jederzeit durch treue Rätthe und im Interesse der Völker zu haben.“

Darum darf es nicht befremden, daß in allen Verfassungen der Neuzeit die Verantwortlichkeit der Minister ausdrücklich bestimmt und gesetzlich ausgesprochen worden ist; wenn sie in England fehlt, so ist dies vielleicht nur darum, weil die Verfassung in England weniger geschrieben, als im Volke eingelebt ist. Ist ja doch in keinem Lande die Verantwortlichkeit der Minister bis zu jenem Extrem der Anwendung gekommen als gerade in England, wo sie nicht in der Verfassung ausgesprochen worden ist.

Man möchte entgegen halten, die Ministerverantwortlichkeit sei eine überflüssige Einrichtung; find die Minister gewillt verfassungsmäßig zu regieren, da bedarf es keiner Bestimmung darüber, find sie nicht gewillt, dann ist es eben nur eine Frage der Macht, ob die Verfassung aufrecht erhalten werde oder nicht, und die Erfahrung lehrt nur, daß gerade von den Verantwortlichkeitsgesetzen beinahe nie Gebrauch gemacht worden ist. Ich räume dieses ein, daß mit der Garantie die Verfassung noch nicht gegen alle Angriffe gesichert ist, allein, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß alles gut ist, so lange nicht das Gegentheil entschieden ist, so bedarf es gar keiner Verfassung, denn alle Verfassungen sind nicht Selbstzweck, sondern nur um das zu erreichen, was im Interesse und zum Heile der Völker ist, selbst wenn das Verantwortlichkeitsgesetz nie zur Anwendung kommt.

Ich übergehe dabei auch nicht, als wäre die Verantwortlichkeit der Minister nie praktisch geworden; ich will nicht auf jene dürftigen Beispiele der englischen Verfassung hinweisen, wo Angriffe der Minister auf die Verfassung auf dem Schaffote gebüßt worden sind; aber wir haben alle die Erinnerung, wie Minister in einem großen constitutionellen Staate es auf der Festung büßen mußten, daß sie die Verfassung verletzt haben. Der freieste Staat Nordamerika hat die Verantwortlichkeit gegen Jackson und die Richter des obersten Gerichtshofes geltend gemacht.

Schon das Bestehen solcher Verantwortlichkeitsgesetze spricht zu Gunsten derselben, weil vielleicht ihr Bestand die Ursache ist, daß sie so selten in Anwendung kommen. Wir halten dafür, daß die Verantwortlichkeit der Minister eine nothwendige Ergänzung jeder constitutionellen Verfassung sei, und ich glaube, daß sie in Oesterreich eine besondere Nothwendigkeit bildet. Der gegenwärtige rechtliche Stand der Frage ist gekennzeichnet durch das Allerhöchste Handschreiben Sr. Majestät an den Minister-Präsidenten vom 20. August 1851. Angesichts desselben, glaube ich, besteht eine unlöbliche Collision zwischen dem rechtlichen Zustande und den neu geschaffenen Einrichtungen. Sollte man darauf hinweisen, daß Ungarn, das schon die gegenwärtige Verfassung verhorreirt, sie noch mehr verhorreiren würde, wenn sogleich Aenderungen daran vorgenommen werden, so entgegne ich, die ungarische Bewegung ist mehr eine nationale als liberale. Ist sie national, dann wird es keine Aenderung machen, ob Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Minister in der Verfassung enthalten sind oder nicht. Ist sie eine liberale, dann könnte hierin am allerwenigsten ein Grund gefunden werden, ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz aus dem Grundgesetze zurückzuweisen, als dessen besonderer Mangel in der Adresse jeder Zeit hervorgehoben wurde, daß Ungarn ein verantwortliches Ministerium habe, eine besonders kostbare Einrichtung, die diesseits der Leitha noch fehlt.

Man dürfte weiter vielleicht sagen, es ist auffallend, daß kaum nach wenigen Wochen schon Aenderungen unserer Verfassung vorgenommen werden sollten, während Jahrhunderte und zum mindesten Decennien nothwendig sind, um Bestimmungen von solcher Wichtigkeit in eine Verfassung hineinzubringen, oder zu beschließen. Man berufe sich nicht auf das Beispiel Englands mit seinem Jahrhunderte dauernden Werden der Verfassung; denn ich hoffe, daß unsere Verfassung nicht den langsamen, mühsamen englischen Weg nehmen wird; nicht den Weg vom Jahre 1200, von der Carta magna bis jetzt, mit allen Zudungen und Eide.

rungen, mit allen Greueln, die die englische Geschichte aufweist. (Bravo links.) Das sei ferne von uns.

Der Redner geht nun auf die einzelnen Sätze des Antrages über und stellt sodann folgenden eventuellen Antrag: „Die Minister sind der Reichsvertretung für die Aufrechterhaltung der Verfassung und Vollziehung der Gesetze, sowie für ihre Gesamtsamtsführung verantwortlich. Jede gesetzliche Verfügung oder Vollzugs-Befehl bedarf der Zeichnung eines verantwortlichen Ministers. Diese Zeichnung begründet die Verantwortlichkeit für den unterzeichneten Erlaß. Ueber die weiteren Bestimmungen bezüglich der Verantwortlichkeit, sowie über das Verfahren wird ein besonderes Gesetz erfolgen.“

Ich beantrage, daß für den Fall, als das h. Haus die Constatirung des Verfassungs-Ausschusses bestimmen sollte, dieser Antrag diesem Ausschusse zugewiesen werde. Für den Fall, als dieser jedoch nicht constituirt würde, daß mein Antrag einem eigenen, hierfür zu wählenden Ausschusse übergeben werde.

Der Redner übergibt seinen Antrag schriftlich dem Präsidenten und fährt zur Rechten gewendet fort: Es dürfte Abgeordnete im Hause sein, denen das ganze Gesetz zu centralistisch erscheint, die vielleicht darin, daß wir ein Gesetz für Ministerverantwortlichkeit hier beraten und beschließen wollen, etwas finden, das ihrer Anschauung nach dem Landtage allein vorbehalten bleiben möge. Es ist mit dem Worte Centralisation ein solcher Mißbrauch getrieben worden, daß das Haus verzeihen möge, wenn ich wenige Worte vorbringe, die mit meinem Antrage im Zusammenhange sind. Man hat zu verbreiten gesucht, daß diese von uns angestrebte Centralisation im Sinne der Centralisation der letzten zwölf Jahre aufzufassen sei. Wir sind, meine Herren, als die verrufenen Centralisten, vom Grunde der Seele gegen jenes System, das durch zwölf Jahre die Völker belastet hat. Wir wollen das volle Selbstgovernment, wir wollen die gleiche Autonomie der Landgemeinden, die gleiche Autonomie der Länder, wir wollen auch dem Reiche und der Reichsvertretung das gemeinschaftlich vorbehalten, was wirklich Gegenstand gemeinschaftlicher Interessen, gemeinschaftlichen Lebens und gemeinschaftlichen Zusammenstehens gewesen ist und sein mag. Die Zeit drängt zur Konzentrirung der Regierung, und wir sehen Staaten verschwinden und vergehen, unter dem einen Gedanken der Unifikation und des Zusammenwirkens zu einem großen Körper. Wir sehen, daß Legislationen der Provinzen beseitigt werden, um gemeinschaftliche Kodifikation zu Stande zu bringen, und wir sollten das, was als Errungenschaft der Zeit und Kultur angesehen wird, preisgeben in der Rückerinnerung, weil zwölf Jahre lang schlecht gewirtschaftet und verwaltet worden ist. (Bravo.)

Das nicht, meine Herren, wir wollen keine Federation, wir wollen, daß Oesterreich einen Staat und einen wirklichen Staat bilde und nicht ein Konglomerat von Staaten (lebhafter Beifall), wir wollen, daß es kein federirter Staat sei. Wir wollen nicht das unglückliche Beispiel von federirten Staaten bei uns erleben, wie es anderwärts in neuer Zeit vorgekommen und dort vorgekommen, wo ein federirter Staat nur von Willen und vom Meere umgeben und nicht inmitten des Völkergetriebes von Europa gelegen ist. Wir wollen das unglückliche Beispiel nicht vor Augen haben, daß federirte Staaten zum Schwerte greifen, um ihre Sonderinteressen zur Geltung zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Wir wollen, meine Herren, einem Staate, der kräftig und mächtig ist, und der in dem Rathe der Völker jene Kraft und Macht einnimmt, die Oesterreich seit Jahrhunderten eingenommen hat, das wollen wir, meine Herren, und das sehen wir bedroht durch das Princip, die einzelnen Theile des Reiches zusammenzuhängen, wie ein Bündel von Stäben, das durch ein Band zusammengehalten ist, statt zusammenzuwachsen zu sein, wie ein Block und ein Stamm, der jedem Sturme widersteht. (Bravo.)

Der Redner geht nun auf die Kompetenzfrage über und fährt dann fort:

Sie verlangen von uns, meine Herren, daß ein neuer Staat gestaltet werde, einseitlich, mächtig und groß, daß wir nicht in einzelnen Theilen ein stiches Sonderleben fortführen als Beute irgend eines Eroberers oder als Wahlkampfplatz für Demagogen für Zertrümmerung und Zerstörung der wichtigsten Interessen der Völker. (Stürmisches Bravo.)

Meine Herren, ich möchte in dem Augenblicke, wo die Gefahren nicht unbedeutend sind, ich möchte in dem Augenblicke, wo das Zusammenhören und Zusammenwirken für die gemeinschaftlichen Interessen, ich sage für die uns allen gemeinschaftlichen Interessen, für die Interessen der Freiheit notwendig ist, in dem Augenblicke möchte ich, meine Herren, daß das Sonderinteresse, daß der Länder-Partikularismus schweige. Ich möchte, daß die Rancune über das, was uns seit zwölf Jahren widerfahren ist, nicht irdenen Gefühlen im Wege stehe; ich möchte, daß nicht der Anmut und der Ingrimm über die Mißhandlungen der letzten Zeit irdenen und besseren Regungen im Wege stehe; ich möchte, daß der Sonderstandpunkt aufgegeben in dem Gesamtstandpunkte des gemeinsamen Interesses; ich möchte, daß die Flammen der National- und Partikularinteressen zusammenzuschlagen zu einer großen Flamme des Patriotismus und der Liebe zum großen gemeinsamen Vaterlande, als Feuer auf den Bergen für alle Freunde Oesterreichs, als Zeichen des Schreckens für die Feinde Oesterreichs.“ (Anhaltendes Bravo.)

Nachdem der Antrag des Dr. Sistra, den er im Verlaufe seiner Rede gestellt hat, unterstützt und der Beschluß gefaßt worden, ihn an einen aus den Abtheilungen zur Vorberatung zu wählenden Ausschusse zu weihen, wird zu dem weiteren Gegenstande der Tagesordnung, nämlich zum Antrage des Dr. Mühlfeld übergegangen.

Dr. Mühlfeld von der Tribüne: Der Antrag, den ich mir vorzuschlagen erlaube, bezieht sich auf die bekannten Grundrechte. Wir sind die Grundrechte jene Rechte, welche das Maß der Freiheit gewähren, ohne welches der Mensch in seiner Würde nicht bestehen kann. Darum halte ich es für ein Gebot der Nothwendigkeit, daß sie im Staate bestehen. Nur durch sie unterscheidet sich der gewünschte Rechtsstaat wesentlich vom Polizeistaate. Nun wird es wohl als Bataille angesehen, daß am heutigen Tage in Oesterreich der Polizeistaat mindestens theilweise noch besteht, und das lebendige Bedürfnis für die Einführung des Rechtsstaates obwaltet. Auch daraus geht eine Begründung meines Antrages hervor, allein die Geschichte des österreichischen Staates gibt eine weitere Begründung meines Antrages; denn die Grundrechte waren den österreichischen Völkern bereits durch das Gesetz vom 4. März 1848 gewährt, freilich ist dieses Gesetz durch das Patent vom 31. Dezember 1851 aufgehoben worden. Aber eben deshalb ist es folgerichtig, daß, seitdem die konstitutionelle Staatsform in Oesterreich wieder eingeführt und das beredete und warme Wort des Herrschers selbst in der k. Thronrede gesprochen wurde, jene Grundrechte wieder eingeführt werden.“

Zur Unterstützung meines Antrages habe ich Mehreres zu erwähnen, das ihn eben begründen dürfte. Unter den Rechten, die in diesem Antrage erwähnt wurden, findet sich das Recht der Pressefreiheit und der Petition nicht, weil von Seite des h. Ministeriums selbst die Anknüpfung der Vorlage eines Pressegesetzes geschah und weil ich der Meinung bin, daß das Petitionsrecht des Einzelnen nie einer Frage unterzogen werden kann.

Ich bin der Ansicht, daß der Antrag aber nur auf Erlassung von Gesetzen geht, die Kompetenz des jetzigen Reichsraths gehörig geachtet ist und deshalb auch jenes Hindernis verschwindet, um dessentwillen etwa die heutige Erledigung des Antrages beseitigt würde. Das muß ich aber wünschen, daß mit möglicher Beschleunigung der Zeit jene Gesetze zu Stande kommen; denn würden die Gesetze in möglichst rascher Zeit dießseits der Leitha zu Stande gekommen sein, dann möchten sich nicht die Parteiführer jenseits der Leitha, wohl aber die Völkerstämme daselbst fragen, ob die Freiheit mehr hier statfinde und bewahrt sei, wo sie im Wege des Gesetzes zum Rechte wurde, oder etwa dort, wo Verwirrung und Unordnung herrscht und wo mit Aufhebung alles Rechtes auch die Freiheit verloren geht. (Bravo.) Ich übergehe nun zum positiven Inhalt des Antrages, beziehungsweise der verschiedenen Gesetze, die in diesem Antrage vorgeschlagen sind. Das erste Gesetz betrifft die Regelung des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Darüber bestand schon das Gesetz vom 17. März 1849, und der Ausschuss wird sich mit einer Revision des von mir jetzt angegebenen Gesetzes zu beschäftigen haben. Das zweite Gesetz, dessen ich gedachte, ist ein Gesetz zum Schutze der Person, des Hausrechtes und des Briefgeheimnisses. Was die Freiheit der Person betrifft, so wurde eine habeas corpus-Akte in Oesterreich durch das wiederholt angezogene Gesetz vom 4. März 1749 gegeben. Sie wurde aufgehoben und ich glaube, das, was man an die Stelle dessen in der St. P. O. vom 1. 1850 oder gar im Jänner 1853 setzte, verdient den Namen Habeas corpus-Akte nicht. (Bravo links.) Ich glaube, daß das Gesetz für die Freiheit der Person sich nicht bloß zu beschränken hatte auf die Verhaftung der Person, auf die Dauer, innerhalb welcher Zeit der Verhaftungsbefehl, die Gründe des Verhaftes mitgetheilt sein müssen. Ich glaube, daß hier noch andere Momente sind, in Ansehung deren Schutz und Sicherung in dem von mir vorgeschlagenen Gesetze zu finden sein soll; ich rechne daher die im Verlaufe der im verfloffenen Decennium bekannt gewordenen polizeilichen Institutionen der Internirung und der Ausweisung; sie sind Angriffe gegen die Freiheit der Person und sie verfallen nach meinem Erachten jenem Rechtsgesetze, welches nichts anderes als sie aufzuheben haben wird.

Ferner zähle ich zu den inhaltlichen Aufgaben des zu schaffenden Gesetzes, daß die Bürgschaftsleistung oder Kautionsstellung — als ein Mittel, wodurch der Verhaftet wenigstens für minder wichtige Fälle beseitigt werden kann — wieder hergestellt werde. Auch würde ich zum Inhalte des fraglichen Gesetzes das rechnen, daß eine Entschädigungspflicht des Staates an denjenigen, der schuldlos verhaftet war, festgestellt und ausgesprochen werde. Denn es zeigt sich die größte Inkonsequenz darin, daß das Eigentum einen größeren Schutz genießt als die Person. Denn wenn eine Scholle seiner Erde zum allgemeinen Besten herzugeben verpflichtet wird, erhält eine Entschädigung von Seite des Staates. Wer aber um des allgemeinen Besten willen, des unglücklichen Zusammenstehens von Umständen wegen, Monate lang seine Freiheit entbehren muß, wer soll dafür keine Entschädigung erhalten? Das ist inkonsequent, und ich sage, es ist zum Schutze der Freiheit der Person notwendig, daß diese Entschädigung von Staatskosten gewährt werde, selbst ohne Rücksicht darauf, ob ein Verurtheilter eines Beamten eintritt oder nicht.

Was das Hausrecht anbelangt, so bestand schon darüber ein altes österreichisches Gesetz, außerdem wurde es in jenem oft bezogenen Gesetze vom 4. März 1849 gewährleistet, und auch hier gilt die von mir früher gemachte Bemerkung, daß das, was geschähe an die Stelle jener Gesetze trat, als ein genügender Schutz des Hausrechtes nicht beachtet werden kann. Aber auch der dritte Gegenstand, das Briefgeheimnis, hat eine natürliche Verbindung mit den beiden übrigen. Denn es ist etwas, was sich auf die Person, auf das Subjekt bezieht und mit ihr den innigsten Zusammenhang. Ich möchte sagen, der Brief sei das Haus, in dem der Geist wohnt; darum muß das Briefgeheimnis in ähnlicher Weise gesichert und ge-

schützt werden, wie das Hausrecht, und aus diesem Grunde meinte ich, daß die bezeichneten drei Gegenstände in einem und demselben Gesetze zu behandeln seien.

Ich übergehe nun zum dritten Gegenstande, in dessen Ansehung ein Gesetz von mir vorgeschlagen wurde. Es ist dies die Wissenschaft und ihre Lehre, die frei sein sollen und zu deren Sicherung das Gesetz zu dienen hätte. Auch hierüber hat das Gesetz vom 4. März 1849 Grundsätze proclamiert, die die Lehre und Lernfreiheit schützen und regeln sollten. Aber im Widerspruche mit diesem Gesetze wurden schon im darauffolgenden Jahre Professoren und Privatdocenten um ihrer mißliebigen Meinung willen, die sie von der Lehrkanzeln aussprachen, von dieser entfernt. Die Lehrfreiheit war damals im Gesetze ausgesprochen, gehandelt ward sie nicht einmal in Bezug auf die Universität. Die Lehrfreiheit, die in jenem akademischen Organisationsgesetz gegeben war, ist durch nachträgliche Verordnungen und Erlasse dahin gebracht worden, daß heutzutage, mindestens was die juristische Facultät betrifft, kaum ein Unterschied ist von dem ehemals geübten Lehrrsystem. So steht es um die Universitäten, und darum ist schon, was diese Hochschulen anbelangt, dieses Gesetz eine Nothwendigkeit. Es ist aber um so gewisser eine Nothwendigkeit, als alle Universitäten Oesterreichs, so lange eine Fessel und ein Band die eine Facultät schlägt, nicht frei sein können. Die Gesamtheit der Wissenschaften soll aber an den Universitäten vertreten sein, und dazu gehört auch die theologische Facultät; und damit die Gesamtwissenschaft an den Universitäten frei sei, muß auch die theologische Wissenschaft Freiheit genießen; die kann sie nicht genießen, wenn sie nicht jenen Einflüssen entzogen ist, welche heutzutage die Kirche und speciell die katholische Kirche für ihre Leitung in Anspruch nimmt.

Gehen wir aber zurück von den Hochschulen auf die Mittel- und Volksschulen, so wird auch hier der Grundgedanke erst seine Verlebendigung finden müssen, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sei. Auch hier wurde in der Praxis an einem alten Gesetze festgehalten, daß der Unterricht und die Erziehung eines Katholiken nicht einem A katholiken anvertraut werden dürfe, wenn auch der Unterricht ein häuslicher sei. Das sind Dinge, die geändert werden sollten.

Ich komme zum letzten Gesetze, zu jenem Gesetze, welches mir vorgeschlagen ist, bezüglich des Verhältnisses der verschiedenen Religionsgesellschaften und ihrer Anhänger dem Staate gegenüber und in öffentlicher Beziehung, so wie in Betreff der Rechte derselben gegen einander und in bürgerlicher Hinsicht. Auch hier waren im Jahre 1849 Grundsätze ausgesprochen, auch hier ist die Rückkehr eine Nothwendigkeit. Jenes Gesetz erklärte, daß jede Kirche- und Religionsgesellschaft den Staatsgesetzen unterworfen sei. Der Grundsatz ist mindestens in Ansehung der katholischen Kirche umgeworfen worden, denn er wurde vom Staate durch jenen berühmten Staatsakt, der heutzutage von so Vielen die Anfeindung zu erleiden hat, beseitigt.

Es wurden Beschränkungen in Bezug auf die Fähigkeit, Besitz und Eigentum an unbeweglichen Gütern zu erwerben, die in früheren Zeiten gewesen waren, wieder eingeführt, und namentlich wurden in der letzten Zeit Beschränkungen eingeführt, welche durchaus gegen die Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte von dem Religionsbekenntnisse sind. Diese Unabhängigkeit, glaube ich, ist die unbedingtste Nothwendigkeit.

Der Redner begründet nun den letzten Absatz seines Antrages mit der Wichtigkeit desselben und zur Ersparrung von Zeit, und glaubt schließlich, daß das Haus dem Antrage bestimmen werde. (Bravo Bravo.)

Der Schluß der Sitzung ist bereits mitgetheilt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Juni. König Ludwig von Baiern kam gestern nach Wien und statete Sr. Majestät dem Kaiser in der k. Hofburg einen Besuch ab. Vorher wurde der Landesmarschall von Böhmen, Graf Nostiz, von Sr. Majestät dem Kaiser in einer Audienz empfangen.

Der Statthalter, FML. Graf Mensdorff, ist gestern auf seinen Posten nach Lemberg abgereist. Vorher hatte derselbe noch eine längere Besprechung mit dem Staatsminister v. Schmerling.

Der französische Botschafter, Marquis de Moustier, hat einen vierwöchentlichen Urlaub zu einer Reise nach Paris im Monate Juli angeführt.

Sr. Excellenz der Herr Finanzminister vereinigte gestern Abend, meldet die „Wien. Ztg.“, nach 9 Uhr in den prächtigen Salons des Finanzministeriums eine heiter bewegte Gesellschaft, in welcher der erste Name Oesterreichs in Staat, Kirche und Armee vertreten waren und die hervorragenden Mitglieder des Reichsrathes mit vielen Notabilitäten der Residenz zusammentrafen. Sr. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer verweilten etwa 1½ Stunden, die übrigen durchlauchtigsten Herren Erzherzoge waren durch die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs Ludwig von Baiern verhindert worden, die Weibung zu verlassen. Unter den Anwesenden bemerkten wir u. a. Ihre Excellenzen die Herren Minister Graf Rechberg, Ritter v. Schmerling, Freiherr v. Mesfery, Graf Desgenfeld, Freiherr v. Pratobevera, Graf Widenburg, Graf Eggen und den Herrn Hofkanzler Baron Hay, Ihre Eminenzen die Kardinäle Fürst Schwarzenberg und Rauscher, Sr. Durchlaucht den ersten Obersthofmeister Fürst Lichtenstein und Sr. Erlaucht den Obersthofmarschall Graf Kuefflein, Sr. Excellenz Freiherr v. Hüner, ferner neben vielen Generalen die Feldmarschälle Sr. Durchlaucht Fürst Windischgrätz und Ihre Excellenzen Graf Nugent, Graf Bratislaw und

Freiherr v. Hef. Das diplomatische Corps war fast vollständig erschienen. Die Gesellschaft trennte sich erst in spät vorgerückter Stunde.

Die von Baron Etvös eingebrachte Motion in der Nationalitätenfrage lautet: Unter den Fragen, deren Lösung zur Aufgabe der gegenwärtigen Legislatur gehört, gibt es kaum eine wichtigere, als die der Befriedigung der billigen Ansprüche der verschiedenen Nationalitäten. Das Haus hat die Principien ausgesprochen, welche es bei Lösung dieser Frage verfolgen will, als es bei Gelegenheit seiner ersten Rundgebung die Bereitwilligkeit ausdrückte, den Forderungen aller Nationalitäten gerecht zu werden, soweit dies ohne territoriale und politische Zersplitterung des Reiches und ohne Gefährdung seiner geselligen Selbstständigkeit möglich ist. Da indeß die zweckmäßige Anwendung dieser Principien dadurch bedingt ist, daß einerseits die Ansprüche und Forderungen der in unserem Vaterlande befindlichen verschiedenen Nationalitäten, andererseits jene hochwichtigen Landesinteressen, mit welchen die endgültige Lösung der Nationalitätenfrage in Verbindung steht, eine gehörige Würdigung erfahren, so beantrage ich die Bildung eines aus 27 Mitgliedern bestehenden Komites, welche bis zur Zeit, wo jene Hindernisse beseitigt sind, derenwegen der Landtag gegenwärtig sich zur Kreirung von Gesetzen für inkompetent hält, alle jene Vorarbeiten beende, welche unumgänglich nöthig sind, wenn diese wichtige Frage zur Befriedigung aller Bürger fremder Zunge in unserem Vaterlande und zum Gemeinwohl gesetzlich gelöst werden soll.

Das Oberhaus des ungarischen Landtages will noch im Laufe dieser Woche eine Sitzung halten. — Wie der „Pesther Lloyd“ meldet, werden die dem griechisch-nichtsunirten Klerus angehörigen Mitglieder sich an den Beratungen nicht betheiligen, indem sie die Erklärung abgegeben haben, daß sie insoweit von der Magnatentafel fernbleiben, bis ihnen an derselben, entsprechend dem katholischen Klerus, die ihrem kirchlichen Range gebührenden Plätze eingeräumt werden.

Landtagsverhandlungen. In der Sitzung des Unterhauses in Pesth vom 12. d. wurden die Punkte 42, 43 und 44 der Adresse, welche im Zusammenhange stehen, zugleich verlesen; Gabriel Várady beantragt, diese drei Punkte auszulassen und dafür Folgendes zu setzen: „Was ferner die Thronenthronung Sr. Majestät des Königs Ferdinand V. betrifft, so erklären wir — jetzt abgesehen davon, wie die hierauf bezüglichen Dokumente uns nicht in gesetzlicher Form und auf legalen Wege mitgetheilt wurden — daß bis zur vollständigen Wiederherstellung der im Sinne des V. G. A. von 1848, durch den 3. Artikel desselben Jahres bezeichneten Organe der Landtag sich nicht in die Verhandlung der erwähnten Dokumente einlassen und auch über die Thronveränderungsfrage nicht äußern könne.“

Deak bewies, daß diese drei Punkte als gerade die wesentlichsten der Adresse beibehalten werden müßten, da durch Auslassung derselben auch der Grund wegfällt, warum die Adresse an Sr. Majestät den Kaiser Franz Joseph gerichtet wird.

Die Abstimmung nahm unter großer Aufmerksamkeit des Hauses ihren Verlauf, das Ergebnis war anfangs sehr zweifelhaft, öfter standen die Stimmen ganz gleich, gegen Ende aber war die Gegenpartei Deaks immer vor. Nach Beendigung machte Präsident Ghygzy das Resultat bekannt. Von 254 Stimmen waren 120 auf die Deak'sche Fassung entfallen, während 134 (die verhängnißvollen 14) dagegen gestimmt hatten.

Ghygzy spricht daher als Beschluß des Hauses aus, daß die Deak'sche Fassung diese drei Punkte nicht beibehalten wird.

Der Präsident stellt nun die zweite Frage: wird das Amendement Várady's angenommen?

Hier fragt Fr. Deak, was diejenigen thun sollen, welche über diese Frage nicht mitstimmen wollen? — worauf Ghygzy antwortet, daß er nach den Regeln des Hauses die Frage so stellen müsse, daß mit „Ja“ und „Nein“ geantwortet werden könne, was durch Aufstehen und Sitzenbleiben anzuzeigen ist. Wer daher keine dieser Antworten geben will, müßte sich, um nicht gezählt zu werden, entfernen.

Hierauf verließ Fr. Deak und ein großer Theil der Rechten den Sitzungsaal, so daß deren Bänke beinahe ganz leer waren.

Der Präsident läßt die Vertreter zählen, ob dieselben zur Beratung noch in genügender Anzahl vorhanden sind, und nachdem sich gezeigt, daß noch die absolute Majorität anwesend war, wurde die zur Abstimmung angelegte Frage noch einmal aufgestellt.

Mehrere wollten wieder eine öffentliche Abstimmung, standen aber von ihrem Gesuch ab. Die Abstimmung geschah durch Aufstehen und es ergab sich, daß die Majorität das Amendement Várady's annahm. Ghygzy spricht daher aus, daß die drei Punkte 42, 43 und 44 ausbleiben und dafür Várady's Amendement in die Adresse aufgenommen wird.

Die Reorganisation der Magistrat und Stuhlämter ist nunmehr in sämtlichen sächsischen Stühlen und Distrikten auf verfassungsmäßiger Grundlage vollzogen worden und haben dieselben am 5. d. M. ihre Amtswirksamkeit begonnen. Eine weitere Rundmachung des Grafen der sächsischen Nation Freiherrn v. Salmen bestimmt als den Tag der Eröffnung der National-Universität den 24. d. M. und fordert die Magistrat auf, durch die verfassungsmäßig zu constituirende Stuhlversammlung zwei Deputirte zu wählen, die Gewählten mit dem erforderlichen Beglaubigungs-schreiben versehen zu lassen und sie anzumelden, bis zum bezeichneten Eröffnungstage in Hermannstadt zu erscheinen. Als Hauptgegenstände von der höchsten Wichtigkeit für die Nation bezeichnet das Circular die Gerichtsorganisation und die Territorialfrage.

Der „Dff. Triestino“ bringt die Meldung, daß Sr. k. l. Apostolische Majestät den Inhalt der von 27 namentlich aufgeführten Gemeinden und auch von

einzelnen Wählergruppen strikts ehrsüchtig unterbreiten. Loyalitäts-Adressen mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen haben.

Deutschland.

Die Magdeburger Zeitung schreibt über die Preussische Huldigung unter Anderem: „Die Einladungen sind etfektgemäß an sämtliche deutsche Fürsten, an die großmächigen Souveräne, an die preussischen und die hier beglaubigten fremdländischen Gesandten u. A. ergangen, und da es Eitte ist, daß sich die Eingeladenen über Annahme oder Nichtannahme der Einladung sofort entscheiden müssen, so hat das Berliner Hof-Marschallamt bereits von vielen bestimmte Nachrichten erhalten. Bereits zugesagt haben die Könige von Baiern, Sachsen und Hannover, der Großherzog von Baden, die Herzöge von Braunschweig und Coburg; die fremdländischen Höfe werden wohl sämtlich Vertreter senden.“

Die ministerielle Preussische Zeitung, welche am 1. Juli in den Verlag der Berliner Geheimen Ober-Hof-Buchdruckerei übergeht, verändert ihren Titel in: „Allgemeine Preussische (Stern-) Zeitung.“

Die württembergischen Konferenzen sind verlängert, wenigstens soll, der „Südd. Z.“ zufolge, der dort befindliche General-Major v. d. Mark erst Ende dieses Monats wieder in München eintreffen.

In Hessen-Kassel wurde in der Sitzung der zweiten Kammer am 11. d. gegen drei Stimmen eine Rechtsverordnung für die Verfassung von 1831 eingelegt. Nebst dem wurde zum Präsidenten, Biegler zum Vizepräsidenten mit 47 Stimmen gewählt. Der Landtagskommissär erklärte, daß die Regierung dem Proteste keine Wirkung beilege.

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Wie man hier wissen will, ist der Artikel der Morning Post, welcher so gewaltig gegen die Orleans und den Orleansmus losfährt, von Hrn. v. Lagueronniere selber geschrieben. Eine Flug-schrift dieser Partei betitelt: „Vue sur la France“, soll mit ungemeiner Heftigkeit die Mißstände des bestehenden Systems angreifen. Sie wurde lithographirt und sollte, um auf die Wahlen zu wirken, in Masse verbreitet werden. Die Polizei jedoch, welche jetzt etwas aufmerksamer ist, nahm sie noch bei Zeiten in Beschlag. Es ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Wie man vernimmt, soll der Herzog von Broglie der Verfasser dieser Broschüre sein. — Auf der päpstlichen Nuntiatur erfährt man, daß das Unwohlsein des heiligen Vaters nicht bedeutend war und schon wieder vollkommen verschwunden ist. Die allgemeine Aufregung, in welche ihn der Tod des Hrn. v. Cavour versetzte, soll das Unwohlsein hervorgerufen haben.

Wie der „Moniteur du Puy-de-Dôme“ meldet, sind in Vichy bereits die Zimmer für den Aufenthalt des Kaisers und seines Gefolges gemietet worden. Außer einer Abtheilung Reiterei wird auch, wie man sagt, das Musikcorps der Guden den Kaiser nach diesem Badeort begleiten. Prinz Napoleon und Princessin Clotilde sind am 7. Juni Morgens vor Nizza angekommen. Da der leichte Hafen ein Einlaufen der königlichen Yacht nicht gestattete, so landeten Ihre königlichen Hoheiten in Villafraanca und begaben sich von da aus zu Wagen nach Nizza. Sie nahmen ihr Frühstück bei dem Präfecten der Seealpen, und besuchten sodann die Umgebungen der Stadt. Gegen Abend werden sie sich nach Korsika einschiffen. Prinz Napoleon ist von dem Unwohlsein, das ihn in Toulon befallen hat, wieder ganz hergestellt. Die „Correspondence Havas“ findet sich veranlaßt zu erklären, die Reise des Prinzen Napoleon sei keine Folge der Ungnade, sondern eine schon seit geraumer Zeit beschlossene Sache gewesen.

Man versichert, daß sich der Kaiser mißbilligend über die Rede des Hrn. Keller geäußert und Befehl gegeben habe, den von dem Abgeordneten erhobenen Anklagen auf alle Weise entgegenzutreten. Man glaubt sogar, daß Hr. v. Lagueronniere bezüglich der Organisation der Presse Hrn. Keller in einer Broschüre antworten werde. Auch soll der Kaiser die Absicht haben, den Seine-Präfecten, Hrn. Hausmann, für all-dieser Angriff, welcher er und seine Verwaltung zu erdulden gehabt, auf eine besondere Weise zu entschuldigen. Der hart Mitgenommene soll nämlich zum Minister des Seine-Departements ernannt und zu den Ministerberatungen gezogen werden. Zu gleicher Zeit versichert man, daß der Kaiser durchaus nicht gesonnen sei, von den Neubauten in Paris abzuziehen, sondern erst kürzlich einen Plan gutgeheißen habe, nach welchem das Stadtviertel Butte des moulins ganz umgebaut werden soll. Die Arbeit wird einer Privatgesellschaft zur Ausführung übergeben. — Der Intendantur der französischen Armee in Rom ist der Befehl zugegangen, keine neuen Verpflegungsvor-räte mehr anzuschaffen. Dem Vernehmen nach wird der Pfarrer Degueray auf den bischöflichen Stuhl zu Marseille verzichtet.

Keller wird von mehreren Seiten beschuldigt, daß er Reden, die Andere ausgearbeitet, auswendig lerne. Auch war im gesetzgebenden Körper die Nachricht verbreitet, daß About den Abgeordneten aus dem Elsaß habe fordern lassen.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 8. d. sprach Dupont über die Stellung der Beamten niedrigen Grades. Von der Lage derselben, namentlich in Paris, entwarf er ein furchtbares Bild. Es sei das personifizierte Elend im schwarzen Frack, zu viel zum Verhungern und zu wenig zum Sattwerden. Man sehe daher Beamte der Ministerien als Contre-maîtrenverkäufer vor der Thüre der Theater stehen, oder während der Nächte zum Tanz aufspielen. Beamte der Universität mit wichtigen wissenschaftlichen Arbeiten betraut, seien gezwungen, nachdem sie von 9 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags im Dienste der Wissenschaft gearbeitet, am Abend Kämme und

Domade zu verkaufen um zu leben. Kein Land der Welt habe mehr Geseze als Frankreich, aber es fehle jedes Reglementen der Administration. Die Dotationen der Ministerien seien reich und doch fehle es an-gelblich überall an Geld, aber während das eine Mi-nisterium mit getheilten Bureaux am besten zu arbeiten behaupte, gebe ein anderes 20 Millionen aus, um den ganzen Dienst in einem Punkte zu vereinigen. Ein überflüssiger Etat major befinde sich bei allen Mini-sterien; die Marine jeder guten Administration müsse aber sein: viel Arbeit aber auch gute Bezahlung. Es seien die verlegendsten Ungerechtigkeiten in Betreff der Pensionirungen und des Avancements eine Thatsache. Man experimentire in der Verwaltung und verschwende Millionen, entlasse hunderte von Beamten ohne ver-nünftige Gründe.

Bei dem außerordentlichen Trauergottesdienste, der gestern in der Madeleine für Cavour abgehalten wurde, hatten sich außer den Franzosen und Italienern auch sehr viele Engländer eingefunden. Der Senat sowohl, wie der gesetzgebende Körper machten sich auch bei dieser Gelegenheit wieder durch ihre Abwesenheit be-merkbar.

Der bekannte Prozeß, welcher wegen der Neapolitanischen Fregatte „La Sannita“, die sich während des neapolitanischen Krieges zur Ausbesserung in Toulon befand, in Frankreich geführt wurde, ist am 22. April zu Gunsten Franz II. mit dem Bemerkten ent-schieden worden, „daß der sardinische Consul, welcher im Namen des Königs von Italien handelte, bei der französischen Regierung in dieser Eigenschaft nicht ac-creditirt sei.“ Auf eingelegte Berufung des piemont-esischen Consuls hat das Appellationsgericht von Aix unterm 6. Juni das erste Urtheil bestätigt und den Kläger abgewiesen.

Großbritannien.

London, 10. Juni. In der „Times“ liest man Folgendes über die Versorgung Englands mit Getreide: Wir haben seit dem 1. Januar d. J. für Weizen, Mehl und sonstige Getreidesorten kaum weniger als 20 Millionen Pfd. verausgabt (gegen 5 Millionen Pfd. in derselben Periode des Jahres 1860), und bedenkt man, daß Indien in derselben Zeit von uns 3 Mill. Pfd. baar borgte, und daß auch sonst unsere Ausgaben den höchsten Maßstab erreichten, so wird man es überraschend und befriedigend finden müssen, daß der Metallvorrath der Bank trotz alledem nicht niedriger steht, als im Januar des vorigen Jahres. Ohne die Bezüge Indiens für seine Eisenbahnbauten wäre wahrscheinlich jetzt gar keine Knappheit auf dem Geldmarkt zu verspüren. Im Uebrigen ist in Betreff der Getreide-Einfuhr noch Folgendes erwähnenswerth: Während Frankreich im Jahre 1859 noch 24 1/2 pCt. unseres ganzen ausländischen Bedarfs deckte und wir aus den Vereinigten Staaten damals nur 1/4 pCt. ein-führten, beziehen wir aus ersterem jetzt nur 7, aus letzteren dagegen 30 1/2 pCt. unserer Gesamt-Einfuhr. Noch auffallender ist es in Bezug auf Mehl. Wir bezogen im Jahre 1859 aus Frankreich 90, aus den Vereinigten Staaten 2 pCt.; jetzt aber erhalten wir aus Frankreich bloß 16, aus den Vereinigten Staaten da-gegen 65 pCt.

Italien.

Wie man der „A. Z.“ aus Turin vom 9. „aus best unterrichteter Quelle“ meldet, ist Graf Cavour die letzten fünf Tage vor seinem Tode, also seit Samstag, fast ganz von Sinnen gewesen. Er erkannte die Per-sonen, welche eintraten, jedesmal gleich, aber er sagte Dinge, welche sich nicht auf sie paßten, und war im Allgemeinen keiner zusammenhängenden Gedanken fähig. Was also bisher über diesen Gegenstand gesagt worden, ist nicht ganz zutreffend. Man klagt sehr über die Behandlung, welche die Aerzte für gut be-fanden. Farini, der selbst Arzt ist, versichert mit mehr-eren anderen Sachkundigen, daß Cavour einen Gicht-anfall hatte und daß somit die zahlreichen Aderlässe nichts weniger denn gut waren. A. Bizio, der ehe-malige Minister, Bruder des Generals Nino Bizio, ist heute früh hier eingetroffen und reist heute Abends wieder nach Paris zurück. Auch Hr. Isaak Pereire hat sich, aus Venedig kommend, einen Tag hier auf-gehalten.

Das Testament Cavour's vom Jahre 1859 datirt ist noch nicht eröffnet; folglich alle angeblichen Auszüge aus demselben, wenn nicht unrichtig, so doch verfräht. Stefani, Inhaber der bekannten telegraphischen Agentie in Turin, ist am 11. gestorben. Stefani war, sagt das „Vaterl.“, einer der Vertrauten Cavour's.

Der „G. d. Venezia“ wird aus Rom gemeldet, General Goyon habe sich in einem Schreiben an Car-dinal Antonelli darüber beschwert, daß in Rom eine Verschwörung angeschlossen worden sei, um Kaiser Napoleon zu ermorden; 40 Personen seien zu diesem Zwecke mit 50,000 Fr. welche sie von der päpstlichen Regierung erhalten, nach Paris abgereist. Cardinal Antonelli habe, als er diesen Brief erhalten, geglaubt, er träume; statt jedoch, wie einige wollten, denselben dem General Goyon zurückzuschicken, habe er den Brief als kostbares Actenstück aufbewahrt und sich be-gnügt, dem General alle möglichen Aufklärungen zu geben, die letzterer wünschte. In Rom conspirire man nicht, sondern vertraue auf die Vorsehung.

Mazzini veröffentlicht im „Popolo d'Italia“ eine Reihe von Artikeln über die Insel Sardinien, welche er mit der Behauptung beginnt, es sei eine Thatsache, daß Graf Cavour ein auf die Abretung dieser Insel bezügliches Uebereinkommen mit Kaiser Napoleon ab-geschlossen habe.

Spanien.

Die Königin hat am 10. d. das Bett verlassen. Der Herzog von Montpensier wird am 20. nach Eng-land abreisen und sich daselbst zwei Monate aufhal-ten. Der Verkauf der geistlichen Güter wird am 20. Juli beginnen. Die Bank hat 30 Millionen in aus-ländischem Gold erhalten.

Rußland.

Aus dem Innern Rußlands erhält die „Preuß. Z.“ (über Paris) vom 11. sehr beunruhigende Nachrichten. In dem Souvernement von Charkoff ist ein Aufstand ausgebrochen, und alle Bemühungen des dorthin ge-schickten Grafen Schouwaloff sind vergeblich geblieben. Sobald die Kruppen abziehen, stehen die Bauern im-mer wieder auf neue auf. Sie sollen sich verschworen haben, sich auf kein Verstandniß mit dem Adel einzulassen. Die kaiserlichen Befehle haben nicht mehr die frühere Autorität. Graf Boboyelski, den man nach den südlichen Provinzen geschickt hatte, ist nur mit knapper Noth dem Tode entgangen. Es ist sogar vorgekommen, daß man einem Officier die Epauletten herunter gerissen hat. In Penza waren die Unord-nungen noch ernster Natur, und in Klein-Rußland finden separatistische Umtriebe statt.

Abermals sind 500 tatarische Emigranten aus der Krim in Konstantinopel eingetroffen; nicht weniger als weitere 15,000 werden, ungewarnt durch die traurige Lage ihrer Vorgänger, erwartet.

Zur Tagesgeschichte.

* Die achtebnte der in Wien erscheinenden politischen Zeitungen wird demnächst unter dem Titel: der „Patriot“ aus-gegeben werden.

** Von Moriz Rapp in Erlangen — bekannt als Dichter und Uebersetzer, namentlich des Plautus, — erscheint eine Ge-schichte der deutschen Literatur. Der Vortrag, der Schiller als Komiker von Kuno Fischer in Jena ist bereits im Druck vollendet; er reißt sich den älteren Abhandlungen, „Schillers Selbstkenntniß“ und „Schiller als Philosoph“ an, die beide zuerst im früheren Frankfurter Museum erschienen sind.

** Die Säger der „Eiserfelder Zeitung“ dichteten neulich Spontini eine Oper „Sturm und See“ (Halt, Sturm und See) an. Der Correspondent, dem ein anderes Blatt dies ausdrückte, ist ärgerlich darüber und antwortet heftig. Aber auch diese seine Antwort wird gleich wieder entstellt und eine „Correspondenz“ flugs in „Con-ferenzen“ verwandelt.

** Der alte Geschichtsforscher Westenrieder soll noch nach dem Tode verrieth werden. Es wird nämlich vor seinem Monument auf dem Promenadenplatz in München bereits ein Ge-richt aufgeschlagen, um die Statue umzustreßen. Ein Gleiches soll dem Gelehrten Kreitmair geschehen.

** Am 17. April gab ein Herr Gottschalk in Havana ein merkwürdiges Concert, in welchem — nach Angabe des „S. G.“ — 40 Pianisten und 450 andere Instrumentisten mit-wirkten. Der Concertgeber trug mehrere seiner Clavier-Compo-sitionen vor und eine Sonorita Gräfinna Carrere aus New-Oreans sang die Phantasie von Rossini über die „Sonnam-bula“. Eine romantische Symphonie: „Die Nacht der Tropen“, kam mit Tambourins und 6 Harmoniefflöten, eine Gottschalk'sche Phantasie auf weinbläserische Weisen durch 40 Pianisten, dann ein Triumphmarsch mit 80 Trompeten und Trommeln zu Gehör. Gottschalk wollte erst seine Phantasie durch 80 Pianos ausfüh-ren lassen, aber die Polizei widersetzte sich diesem Vorhaben.

** Die „M.B.“ erinnert jetzt an ein Chronogramm, das zu Beginn des Jahres in Rom circulirte, das eingehend lautele: CaVe, CaVoVr, nVnC MinIster annVs hIC tibi sInIster.

Es wurde damals übersezt:

Graf Cavour, Minister heute, Diesem Jahr fällt Du zur Beute!

** Der Tochter Garibaldi's hat Victor Emanuel prächtige Hochzeitgeschenke überreicht. Derselbe heiratet einen Waffenge-fährten ihres Vaters, einen Malersohn aus Genua, welcher Gar-ibaldi im sicilianischen Feldzuge das Leben gerettet haben soll. Unter den königlichen Geschenken befindet sich auch ein Brillant-schmuck von großem Werthe.

** Die Yacht „Victoria und Albert“ liegt seit 2. d. M. wieder im Hafen von Portsmouth. Trotzdem sie an der Nord-küste Spaniens gegen einen heftigen Sturm ankämpfen mußte, legte sie doch die Fahrt von Trief in 9 Tagen und 19 Stun-den zurück.

** Eines der schönsten Gebäude von Bucharest, die St.-Georgs-Kaserne, ist, wie unterm 4. Juni gemeldet wird, ein Haus der Flammen geworden. Der Schaden wird auf 4 Millio-nen geschätzt.

** Nach dem Postlericon von Girsins befinden sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika fünf Orte mit dem Na-men Wien.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 15. Juni.

† Gestern nach 3 Uhr Morgens brannte in dem nahen, in neuester Zeit so häufig von Feuer heimgesuchten Dorfe Krow-orza abermals der Dachstuhl eines Hauses, dann das dazu ge-hörige Stallgebäude und eine Scheuer ab. Vom Marienthurme wurde dieser Brand nicht signalisirt.

* In Biadka trat, wie von der dortigen Station berichtet wird, am 10. Juni Nachmittags ein heftiges Gewitter ein. Schon um Mittag thürmten sich im Süden Wolken auf, die eine immer drohendere Gestalt und aschgraue Farbe annahmen. Gegen 2 Uhr sammelten sie sich am südlichen Berge, der bei 2000 Fuß hoch und eine halbe Stunde von dort entfernt ist. Sie senkten sich bis auf die halbe Höhe des Berges, wurden dunkel, schwarz und verbreiteten in jener Gegend völlige Däm-merung. Mit einem Male brach das Gewitter los, und die Wasser-massen fielen wolkenbruchartig. Der Aushub, der auf jenem Berge entpfieng, war in einem Augenblicke in einen to-senden Wildbach umgewandelt und brausete so stürmisch einher, daß man die daran befindliche Wäße nicht mehr reiten konnte, sondern nur das eigene Leben zu sichern suchen mußte. Seine ausgetretenen Klüften führten entwurzelte Bäume, Brenn- und Bauholz sowie allerlei Geräthe mit sich und führten an der Mündung mit solcher Gewalt in den Bieda-Fluß, daß dieser in seinem Lauf gehemmt oberhalb der Stadt sein Bett verlassen mußte und durch die nahe liegenden Gärten ein neues zu-bahnen begann. Glücklicherweise wurde seine Wassermenge durch Regen nicht vergrößert und jene des Aushub nahm bei dem kurz anhaltenden Wollenbruche rasch ab. Nach Verluste eines Men-schenlebens verlautet noch nichts, wohl aber von argen Verwün-dungen auf den Feldern und in den Gärten.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die Dividende der österreichischen National-bank. Die Finanzverwaltung hat den Antrag der Vaudirektion, die Dividende des ersten Semesters mit 28 fl. zu bestimmen, genehmigt. In den Reserfend entfallen 7 fl. per Aktie.

— Ein neues Rüst-Geschäft. Ein Lotterien-Ansehen dürfte, wie die Presse meldet, wohl keinesfalls in Lotteriereform zu gewärtigen sein. Dagegen stände der Rüst auf dem Punkte, mit einem nationalen Konfitorium (Kreditanstalt, Königenater, Schey, Sina, Zedecio) eine Anleihe von 20 Millionen Gulden abzugeben und demselben seine Güter in Ungarn pachtweise auf eine Reihe von Jahren zu überlassen.

— Nach einer Mittheilung der k. preussischen Postver-waltung dürfen jetzt auch solche Waaren-Pakete zur Beför-derung nach und über Großbritannien (Vereinigten Staaten von

Nordamerika, Spanien, Portugal, Gibraltar, Malta) via Preußen und Oesterreich angenommen werden, welche mit einer Werthangabe bis 10 Pfund Sterling (100 fl. österr. W.) auf den Begleit-Adressen versehen sind.

Paris, 13. Juni. Schluss-Course: 3proz. Rente 67.85. — 4 1/2proz. 96.50. — Staatsbahn 586. — Credit-Mobilier 698. — Lombarden 493.

Leipzig, 11. Juni. Auf den gestrigen Schlachtviehmarkt kamen 33 Stück Ochsen, und zwar: aus Krynitzky 3, aus Kobayn 2 und aus Böhra 10 Stück. Von dieser Anzahl wurden 31 St. für den Lokalbedarf verkauft und man zahlte für 1 Ochsen, der 325 Pfund Fleisch und 50 Pfd. Unschlitt wiegen mochte, 83 fl. 50 fr.; dagegen kostete 1 Stück, welches man auf 380 Pfd. Fleisch und 70 Pfund Unschlitt schätzte, 115 fl.

Wien, 14. Juni. National-Anleihen zu 5%, mit Zänner-Coup. 80. — Geld, 80.10 Baare, mit April-Coup. 80.40 Geld, 80.50 Baare. — Neues Anleihen vom 3. 1860 zu 500 fl. 84.80 Geld, 85. — Baare, zu 100 fl. 88.75 fl. 89. — W. — Gali-sische Grundentlastungs-Obligations zu 5% 67.25 fl. 67.75 fl. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 779. — 780. — W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 178.40 fl. 178.50 fl. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. 1958. — C. 1960. — W. — der Gali.-Kar-ludw.-Bahn zu 200 fl. C.M. m. 140 (70%) Eins. 148.75 fl. 149.25 fl. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M. für 100 Gulden südd. W. 117.50 fl. 117.75 fl. — London, für 10 Pfd. Sterling 138.25 fl. 138.75 fl. — R. Münzkufaten 6.60 fl. 6.61 fl. — Kronen 19.05 fl. 19.10 fl. — Napo-leond'ors 11.06 fl. 11.08 fl. — Russ. Imperiale 11.33 fl. 11.36 fl. — Vereinsthaler 2.07 1/2 fl. 2.08 fl. — Silber 188. — fl. 188.50 fl.

Krakau, 14. Juni. Heute war der Markt flau. Es wurde viel zur Schranne gebracht, doch konnten im Detailverkauf die Preise sich nicht halten. Roggen im Allgemeinen der nied. öst. Mehen 9.25, 9.50 fl. öst. W.; im schönen reinen Korn von der Gegend bei Warchau her, sowie vordolischer mit Gewicht von 160 Pfd. reel 10.15, 10.25. — Gerste fast ohne Verkauf, nur kleine Quantitäten aus Preshburg im schönsten Korn 8.75 — 9. Weizen ging kaum etwas zu erniedrigten Preisen ab; bez. in mittleren Gattungen 11.50, 11.75 zu 160 Pfd.; im Ruster Korn kaum 12 — 12.25 fl. öst. W. Kultur weniger ge-lauft als bisher, hielt sich jedoch im Preise. Im Allgemeinen wird die Marktstimmung immer flauer und werden sich die heuti-gen Preise wohl länger nicht halten.

Krakau, 14. Juni. Auf hiesigem Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgender Waaren: Für den nie-derrösterreichischen Mehen Weizen 6 fl. 10 kr. — Korn 4 fl. 88 kr. — Gerste 4 fl. 17 kr. — Hafer 2 fl. 27 kr. — Kultur-roggen — fl. — Kartoffeln 2 fl. 60 kr. — für den Centner Heu 1 fl. 20 kr. — Stroh 85 kr. österr. Währ.

Krakauer Cours am 14. Juni. Silber-Rubel 100 fl. poln. 110 verl. fl. poln. 108 1/2. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 339 verlangt, 331 bezahlt. — Preuss. Courant für 100 fl. österr. Währung Thaler 73 verlangt, 72 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 138.50 ver-langt, 137.50 bezahlt. — Russische Imperiale fl. 11.40 verl., 11.20 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 11.20 verlangt, 11. — bezahlt. — Holländische holländische Dukaten fl. 6.55 verl., 6.45 bezahlt. — Holländische österr. Rand-Dukaten fl. 6.65 verl., 6.55 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100% verl., 99% bez. — Gali. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in österr. Währung fl. 83 1/2 verl., 82 1/2 bez. — Gali. Pfandbriefe nebst lau-fenden Coupons in Conv. Wänge fl. 87% verl., 87 bez. — Grundentlastungs-Obligations in österreichischer Währung 4. 68.25 verlangt, 67.25 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 80. — verlangt, 70. — bezahlt. Aktien der Galiz. Eisenbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. österr. Währ. 158. — verl., 156. — bez., mit der Ein-zahlung von 30% fl. österr. Währ. 65.50 verl., 64.50 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Peßth, 14. Juni. Die durch das Stylisirungs-Comité revidirte Adresse wird nochmals vorgelesen, nach einiger Debatte angenommen und ihre Mittheilung an das Oberhaus beschlossen. An die nächste Tages-ordnung wurden gestellt: 1. Der hinsichtlich in der Adresse nicht berührter Fragen zu fassende Beschluß (Feststellung gewisser Principien, denen das Haus huli-digt). 2. Die Justizorganisation. 3. Wahl des Komit-tes für den Stöb'schen Antrag.

Frankfurt a. M., 13. Juni. In der heuti-gen Sitzung des Bundestages beantragte Preußen die Bildung einer Risten-Division, die von Preußen, Hannover und von Theilen der Reserfedivision gebil-det werden soll. Preußen gab in der Oberfeldherrn-frage eine Erklärung ab.

Paris, 13. Juni. Briefe aus Constantinopel mel-den, der Sultan weigert sich fortwährend, den Vor-schriften der Aerzte Folge zu leisten.

Turin, 11. Juni. Auf den Antrag des Präsi-dentschaftsbureaus hat die Abgeordneten-kammer beschlos-sen, die Marmorbüste Cavour's in ihrem Sitzungspa-laste aufzustellen. (Ind.)

Turin, 14. Juni. Die Minister haben bereits den Eid geleistet.

Genua, 11. Juni. Mustapha Pascha ist hier ein-getroffen und sofort nach Turin abgereist.

Rom, 11. Juni. Die Großherzöge Leopold und Ferdinand von Toscana werden nächstens hier er-wartet.

Constantinopel, 8. Juni. (Mitteltst Lloyd-dam-pfers.) Iskender Pascha ist gestorben. Ghurisch Pascha und Zahir Pascha werden in die Festung St. Jean d'Acre eingesperrt. Der neue Ueberlandstelegraph nach Varna wird nächstens eröffnet. Der Justizrath hat die Urtheile über die syrischen Mißthäter veröffentlicht. Eils von diesen erhaltenen lebenslängliche Galeerenstrafe. Die bulgarischen Abgeordneten mit Beschwerden gegen den griechischen Metropolitaten wurden von den Mini-ster empfingen. Die neue türkische Zeitung wurde suspendirt. Kiamil Effendi wurde nach Erzerum ge-schickt, um die Rechnungen des dortigen Er-General-Souverneurs zu untersuchen.

Smyrna, 7. Juni. Mohamed Ali Pascha, Br-uder des Vice-Königs von Egypten, ist auf der Durch-reise nach Constantinopel hier eingetroffen.

Athen, 8. Juni. Die verhafteten Offiziere und Civilisten sind noch nicht in Freiheit gesetzt worden. Man glaubt, daß zur Konstatirung einer Verschwö-rung die gerichtlichen Beweise fehlen werden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Roček.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 14. Juni.

Angekommen sind die Herrn Gutbesitzer: Mieslaus Pasz-kef, von Tarnob. Stefan Starowiejski, von Czochowka-towski, von Tarnob. Anton Elaski, von Polen. Abgereist sind die Herrn Gutbesitzer: Adolf Jordan und Albert Gutbesitzer, nach Polen. Otavian Orlovski, nach Lem-berg. Eugen Ritt. v. Bielinski, nach Galizien.

Nr. 3692. Kundmachung. (2796. 1-3)

Mit Bezug auf die hinsichtlich der Errichtung eines Postamtes mit Station zu Krzywoza im Przemysler Kreise erlassene kaiserliche Kundmachung v. 15. Mai 1861 Nr. 3342 wird hiermit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass der Bestellungs-Bereich dieses Postamtes die Ortsschaften: Babice, Bachów, Chyrzyna mit Chyrzynka, Krzywoza, Krzywiecka wola, Kupno, Reczpol, Ruszelczyce, Skopów und Srednia umfasst.

R. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 30. Mai 1861.

N. 3692. Obwieszczenie.

Dodatkowo do tutejszego obwieszczenia dnia 15. Maja 1861 za L. 3342 wydanego, zaprowadzenie pocztamtu wraz z stacją w Krzywozy w obwodzie Przemyskim dotyczącego, podaje się niniejszem do publicznej wiadomości, że do okręgu tego urzędu pocztowego następujące należą miejscowości: Babice, Bachów, Chyrzyna z Chyrzynką, Krzywoza, Krzywiecka wola, Kupno, Reczpol, Ruszelczyce, Skopów i Srednia.

Od c. k. Dyrekcyi poczt galic.

Lwów, dnia 30. Maja 1861.

N. 4856. Kundmachung. (2819. 2-3)

Von Seite der Neu-Sandez k. k. Kreisbehörde wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass zur Verpackung der städtischen Weinproben in Neu-Sandez auf die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 am 1. Juli 1861 um 9 Uhr Früh eine neuerliche Licitation in der Neu-Sandezer Magistrats-Kanzlei abgehalten werden wird, wozu die Licitations-lustigen eingeladen werden.

Der Fiskuspreis beträgt 4428 fl. 67 kr. 3. W.

Das Badium davon beträgt 10% vom Fiskuspreis.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Neu-Sandez, am 3. Juni 1861.

L. 2137. E d y k t. (2818. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie uwiadamia iż pozwala się Mayerowi Bart w wykonaniu nakazu zapłaty c. k. Sądu obwodowego Przemyskiego z 30. Kwietnia 1857 do L. 3102 wydanego, celem przymusowego zaspokojenia sumy wexlowej 300 złr. mk. czyli 315 złr. z odsetkami 6% od 30. Września 1853 liczyć mającym i kosztami sporu 4 złr. 34 cent. i kosztami egzekucyi 4 złr. 95 c., 3 złr. 60% c., 8 złr. 45 c. i 24 złr. 63 c. teraz przyznaniem, sprzedaż realności pod NC. 117 w Rzeszowie położonej, w księgach gruntowych dom. 5 pag. 143 zapisanej do masy spadkowej Józefa Rosta należącej, w drodze publicznej licytacyi, pod warunkami przez egzekucyę prowadzącego w załączniku E. przedłożonemi; która się w tutejszym sądzie w dwóch terminach dnia 3. Lipca 1861 i dnia 7. Sierpnia 1861 o godzinie 9tej przedpołudniem odbędzie.

Za cenę wywołania stanowi się suma 9452 złr. 23 1/4 kr. mk. czyli 9925 złr. aktem szacunkowym wyprawdzona, niżej której realność sprzedana niebędzie.

Każden chęć licytowania mający winien złożyć do rąk komisji licytacyjnej, jako wadium 10% ceny szacunkowej, czyli w okragłej liczbie sumę 990 złr., a to albo w gotówce, albo w obli-gacyach długu Państwa lub listach zastawnych galicyjskich, na okaziciela opiewających albo na-reszcie w niewinklulowanych obligacyach indemnizacyjnych galicyjskich, któreto papiery wedle kursu z ostatniej gazety rządowej widocznego, wszakże nigdy nad wartość imienną przyjęte będą. Extrakt tabularny, akt szacunkowy i warunki licytacyjne w tutejszo-sądowej registraturze przejrzane być mogą.

Na wypadek, gdyby ani przy pierwszym, ani przy drugim terminie licytacyjnym cena szacunkowa uzyskana nie była, wyznacza się celem ułożenia ułatwiających warunków sprzedaży w myśl §. 148 U. S. termin na 8go Sierpnia o godzinie 9tej przedpołudniem, na którym się strony z tym dodatkem wzywają, iż nieobecni za przystępujących do większości głosów stających wierzycieli poczytani będą.

Dla wierzycieli z miejsca pobytu nieznajomych, a to: dla Wolfa Sobel, dla Mojżesza Rost i Szyj Rost, dla małoletnich sukcesorów Wawrzyńca i Karoliny Czikel, dla sukcesorów Tomasza Herdek, dla Ludwika Gasparskiego, Antoniego Duszyńskiego, Szymona Goldmanna, Maryanny Makowskiej, tudzież dla tych, którzyby dopiero po 14. Marca 1861 do hypoteki weszli, albo którymby z jakiegokolwiek bądź przyczyny zawiadomienie o tej sprzedaży, albo weale nie, albo za-późno zostało d ręczeniem, ustanawia się kuratora w osobie p. Adwokata Dra Reimera w Rzeszowie, z zastępstwem p. Adwokata Dra Zbyszewskiego w Rzeszowie, tak do aktu uwiadomienia, jako do wszystkich późniejszych aktów, a mianowicie do rozprawy o pierwszeństwo i należność wierzytelności hipotecznych.

Uchwalono w radzie c. k. Sądu obwodowego. Rzeszów, dnia 26. Kwietnia 1861.

Die kais. königl.



priv. galizische

Carl Ludwig-Bahn

beabsichtigt die

zwischen Slotwina und Bogumilowice,

Prof. Nr. 767-769 befindliche, hölzerne Brücke über die Uswica durch eine

stabile Brücke mit Eisenconstruction

zu ersetzen und die Herstellung der dabei vorkommenden Erd-, Maurer-, Steinmetz- und Zimmermannsarbeiten im Offertwege zu vergeben.

Die betreffenden Arbeiten zerfallen in:

1. Unterbau der Uswica-Brücke 25,088 fl.
2. Uferverfestigung 3,356 fl.
3. Dammanfüllung 5,986 fl.
4. Erbauung eines Wächterhauses 3,700 fl.

Zusammen 38,130 fl.

Die Offerte müssen die Erklärung enthalten, dass der Offerent die Pläne, Preistabelle, allgemeinen und speziellen Baubedingnisse eingesehen, unterfertigt und wohl verstanden habe, ferner müssen die Nachlässe in Percenten deutlich ausgedrückt und endlich muß die Befähigung des Offerenten zu solchen Bauausführungen nachgewiesen werden.

Die Angebote müssen bis

längstens den 24. Juni l. J.

verfügt, mit der Aufschrift:

„Anbot zur Herstellung der Uswica-Brücke“

an die Central-Leitung der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn in Wien, Stadt, Gebäude der Credit-Anstalt eingesendet werden, und denselben ist ein Erlagsschein über ein bei der Gesellschaftskasse in Wien oder bei der Betriebsleitung in Krakau zu diesem Zwecke deponirtes Badium von 1900 fl. o. W. beizulegen.

Das Project kann vom 1. Juni an bei der Centralleitung in Wien und bei der Betriebsleitung in Krakau eingesehen werden.

Wien, am 1. Juni 1861.

FAHR



PLAN

für die Personen- Züge auf der

kaiserl. königl. privileg. gal. Carl Ludwig-Bahn

vom 4. November 1860 angefangen bis auf Weiteres.

In der Richtung

von Krakau nach Przemyśl

von Przemyśl nach Krakau

Station	Postzug Nr. 1		Personenzug Nr. 3		Personenzug Nr. 5		Station	Postzug Nr. 2		Personenzug Nr. 4		Personenzug Nr. 6	
	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang		Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang
	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.		St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.
Krakau	Abends 8	40	Worm.	10	30	Früh 5	35	Przemyśl	Abends 8	15	Früh 7	26	—
Bierzanów	8 59	9 2	10 44	10 45	5 54	5 57	Zurawica	8 31	8 32	7 37	7 37	—	—
Podgórze	9 22	9 26	11 2	11 2	6 17	6 20	Radymno	9 1	9 5	8 3	8 3	—	—
Klaj	9 46	9 46	11 17	11 17	6 40	6 41	Jaroslau	9 33	9 43	8 26	8 26	—	—
Bochnia	10 6	10 16	11 37	11 37	7 1	7 9	Przeworsk	10 13	10 23	8 59	9 4	—	—
Slotwina	10 42	10 51	11 57	12 1	7 34	7 41	Łódź	11 1	11 5	9 32	9 36	—	—
Bogumilow.	11 20	11 31	12 29	12 30	8 19	8 21	Rzeszów	12 13	12 14	10 31	10 32	2 55	3
Tarnob.	11 46	12 2	12 42	12 50	8 35	8 43	Trzciana	12 36	12 44	10 50	10 55	3 23	3 29
Czarna	12 45	12 47	1 22	1 23	9 28	9 30	Sędziszów	1	1	11 7	11 8	3 45	3 46
Debica	1 10	1 10	1 41	1 41	9 53	10 3	Ropczyce	1 25	1 45	11 28	11 48	4 11	4 21
Ropczyce	1 56	1 58	2 21	2 22	10 28	10 3	Debica	2 8	2 10	12 6	12 7	4 43	4 45
Sędziszów	2 14	2 20	2 34	2 38	10 48	10 56	Czarna	2 53	3 8	12 39	12 46	5 27	5 40
Trzciana	2 43	2 45	2 55	2 56	11 19	11 21	Tarnob.	3 23	3 25	12 58	12 59	5 55	5 56
Rzeszów	3 14	3 24	3 18	3 26	11 51	11 51	Bogumilow.	4 3	4 9	1 27	1 31	6 31	6 42
Łódź	3 58	4 50	4 23	4 27	—	—	Bochnia	4 34	4 40	1 50	1 55	7 5	7 31
Przeworsk	4 44	4 50	4 53	5	—	—	Klaj	5	5	2 10	2 10	7 33	7 34
Jaroslau	5 22	5 32	5 43	5	—	—	Podgórze	5 20	5 28	2 24	2 26	7 53	7 56
Radymno	5 59	6 4	5 49	5 49	—	—	Bierzanów	5 48	5 55	2 40	2 45	8 16	8 20
Zurawica	6 32	6 33	6	6	—	—	Krakau	6 15	Früh 3	—	Früh 8	40	Abends
Przemyśl	6 48	Früh 6	—	—	—	—							

von Krakau nach		von Wieliczka nach		von Niepołomice nach		von Wieliczka nach	
Wieliczka		Niepołomice		Wieliczka		Krakau	
Gemischter Zug Nr. 23		Gemischter Zug Nr. 24		Gemischter Zug Nr. 25		Gemischter Zug Nr. 26	
Station		Station		Station		Station	
Ankunft		Ankunft		Ankunft		Ankunft	
St. M.		St. M.		St. M.		St. M.	
Krakau	Früh 7 20	Wieliczka	Nachm. 1 30	Niepołomice	Nachm. 3 10	Wieliczka	Abends 6
Bierzanów	7 42	Bierzanów	1 42	Podgórze	3 20	Bierzanów	6 12
Wieliczka	8	Podgórze	2 10	Bierzanów	3 51	Krakau	6 40
		Niepołomice	2 25	Wieliczka	3 9		

Anmerkung.

Der gemischte Zug Nr. 1 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Szeged, Granica.

Der gemischte Zug Nr. 2 steht in Verbindung nach Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Szeged, Granica.

Der Personenzug Nr. 3 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Granica.

Der Personenzug Nr. 4 steht in Verbindung nach Wien, Brünn, Pest, Olmütz, Troppau, Bielitz, Szeged, Granica.

Die gemischten Züge Nr. 24 und 25 verkehren nach Erfordernis.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paraff. Rint. in Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Spezifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage	
								von	bis
14	2	329.65	+11.0	96	Nord Ost stark.	Heit. m. Wolken	Gewitt. Hagel m. Regen	+60	+132
10	20	81	12.6	86	West schwach				
15	6	29.90	12.7	88	"				